

Jugoslawische Studentin (1999): *Mit der Faust gegen den Diktator*



Demonstration in der ukrainischen Hauptstadt

Die Revolutions-GmbH

Wie macht man eine Revolution? Was in Jugoslawien 2000 passierte, in Georgien 2003, in der Ukraine 2004 wirkte wie ein spontaner Volksaufstand gegen Autokraten. In Wahrheit war vieles sorgfältig geplant – von Studentenführern und ihren vernetzten Organisationen. Sie scheuten auch amerikanische Hilfe nicht. Welches Regime wird ihr nächstes Opfer?



Oppositionellen-Treffen in Belgrad (Mai 2000): *„Das Virus der Freiheit“*

PETAR KUJUNDZIC / REUTERS (L. O.); IVAN MILUTINOVIC / REUTERS (L. U.); GALI TIBBON / AFP (R.)

Sie sind der Alptraum der Diktatoren und die Hoffnung der Unterdrückten, die Protagonisten des demokratischen Wandels auf der Welt. Sie haben in ihren Heimatländern erfolgreich Volksaufstände organisiert und Tyrannen aus den Palästen gejagt. Jetzt planen sie gemeinsam neue Revolutionen, überall dort, wo in Osteuropa, Zentralasien und im Nahen Osten noch Gewaltherrscher die Macht in Händen halten und den Menschen bürgerliche Freiheiten verwehren.

Sie sind die wahren Helden unserer Zeit. Helden wider Willen – dass kaum einer ihre Namen kennt, ihre Lebensläufe, ihre Verbindungen untereinander, ihre Geldgeber, ihre Pläne für einen Regimewandel, das finden sie gut so. Denn sie müssen immer einen Tick schneller sein als die Staatsmacht mit ihrem ungeheuren Apparat von Polizei und Geheimdienst. Raffinierter, besser, vernetzter. Anders als die da oben haben sie keine Waffen und wollen sie auch nicht – jedenfalls



Kiew (Dezember 2004): *„Wir sind das Streichholz für das große Feuer“*

keine, mit denen sich töten oder foltern lässt.

Sie sind um die 30, junge Männer meist, aber auch Frauen kämpfen in ihren Reihen. Sie haben sich größtenteils an Universitäten kennen gelernt. Wer die Nachrichtensendungen der vergangenen Jahre genau verfolgt hat, mag sie bei den Revolutionsfeiern einige flüchtige Momente lang wahrgenommen haben. Eher nicht in der ersten Reihe. Im Hintergrund bleiben, heißt ihre Devise. Eine Friedensarmee im Schatten ist da entstanden, deren Divisionen und Pläne keiner kennen soll. Geheimnisvoll, schlagkräftig, kaum zu fassen – ein wichtiges, bis heute kaum wahrgenommenes Phänomen der internationalen Politik.

In Belgrad waren sie zu sehen, an jenem denkwürdigen 5. Oktober 2000, irgendwo unter den Hunderttausenden Demonstranten, die einen konsternierten Präsidenten Slobodan Milošević zur Abdankung zwangen und die jubelten, als der Kriegsverbrecher voller Selbstmitleid ankündigte, er trete zurück: „Ich will künftig mehr Zeit mit meiner Familie verbringen, insbesondere mit Enkel Marko.“

In Tiflis, am 23. November 2003, als der korrupte Präsident Eduard Schewardnadse nach der spektakulären, aber gewaltfreien Stürmung des Parlaments CNN-live vor der Residenz seinen Abschied von der Macht verkündete – mit brüchiger Stimme und wie betäubt von den Ereignissen der Rosenrevolution.

In Kiew, am 31. Dezember 2004, als bekannt wurde, dass der zähe Wiktor Janukowitsch, der Wahlfälscher vom abgewirtschafteten Kutschma-Regime, konfrontiert mit anhaltenden medienwirksamen Massendemonstrationen auf dem Hauptplatz Maidan inmitten des orangefarbenen Protestmeers aufgab. Geschlagen ohne jeden Einsatz militärischer Mittel, von Protestmärschen, Spottliedern und der verlorenen zweiten Stichwahl zermürbt.

Was in Jugoslawien, in Georgien und der Ukraine, danach noch im zentralasiatischen Kirgisien passiert ist, hatte verblüffende Parallelen und sah jeweils aus wie ein spontaner Aufstand: riesige Versammlungen an zentralen Plätzen, eingängige Sprechchöre, spöttische Plakate und Aufkleber gegen die Herrschenden. Eine lockere, fast volksfesthafte, ganz und gar nicht provokative Atmosphäre, die es selbst hartgesottenen Autokraten unmöglich machte, in die Menge schießen zu lassen.

So reif in all diesen Ländern die Zeit für eine Revolution von unten war, so wenig verlief die Entwicklung allerdings spontan oder unkoordiniert. Denn mit dem spielerischen Auftreten der Demonstranten verbunden waren jeweils Aktionen des zivilen Ungehorsams, sorgfältig geplante, alles lahm legende Streiks gegen die Diktatur. Im Hintergrund zogen Profis die Fäden: Studentenführer, übers Internet verbunden, von Land zu Land unterwegs, um die Revolutionen zu koordinieren. Eine Guerilla ohne Gewehre, eine Internationale unter neuen Vorzeichen. Völker hört die Si-

gnale, auf zum nächsten Gefecht – Zielrichtung Machtwechsel.

Die postmodernen Revolutionäre profitieren von der Globalisierung. Sie kennen sich blendend aus mit neuen Kommunikationsmöglichkeiten wie dem Internet, richten regimekritische Websites ein, tauschen kodierte SMS-Botschaften auf ihren Handys, verabreden ständig neue Treffs. Sie wissen auch das Fernsehen mit seiner Massenwirksamkeit perfekt zu nutzen. Keine Revolution ohne emotional aufwühlende Bilder. Und ohne einen „Markennamen“, ein Logo, eine Kennfarbe.

Ideologische Scheuklappen sind den Demokratiemachern fremd. Sie schauen sich bei der Entwicklung ihrer Strategien bei den Werbe- und Verkaufspraktiken der Multis um und bedienen sich der Marketingtechniken von Weltfirmen wie Coca-Cola, Nike oder Bill Gates' Microsoft. Die diversen Protestbewegungen bekommen von ihren Organisatoren einprägsame Etiketten verpasst: Rosenrevolution (Georgien), Orange Revolution (Ukraine), Tulpenrevolution (Kirgisien). Auch deshalb bleiben die Ereignisse im Gedächtnis.


SCHERL / SÜDD. VERLAG

Idol Gandhi (um 1935)
Vater der gewaltlosen Revolution

Ihre Vorbilder sind weder der rücksichtslose Machtmensch Machiavelli, der gegen den „schlechten Fürsten“ kein anderes „Mittel als das Eisen“ sah, noch der Jakobiner Robespierre, der einen alles in Blut ertränkenden „Despotismus der Freiheit“ predigte; Lenin bleibt ihnen zutiefst suspekt, der seinen Anhängern die rhetorische Frage stellte: „Glaubt ihr wirklich, dass wir siegen können, ohne zu dem grausamsten Terror zu greifen?“ Mao liegt ihnen fern, dieser Gewaltprediger und große Zerstörer, der die Macht aus den Gewehrläufen kommen sah und all diejenigen brutal verfolgte, die sich auch nur für eine Begrenzung von Opfern aussprachen: „Die Revolution ist ein Akt der Gewalt – keine Abendgesellschaft, kein literarisches Kunstwerk, kein Gemälde, keine Stickerei.“

Und wenn sie das doch wäre: ein bisschen (zum friedlichen Protest einladende) Abendgesellschaft, ein wenig (von zivilem Ungehorsam geprägtes) Kunstwerk, auf keinen Fall aber ein bluttriefender Akt der Gewalt?

Die Idole der neuen Revolutionäre sind anderen Zuschnitts und meist jüngeren Datums. Mahatma Gandhi gehört dazu, der im Indien der dreißiger Jahre mit ausgeklügelten Aktionen des friedlichen Widerstands die britischen Kolonialherren in die Knie zwang. Martin Luther King aus dem US-Südstaat Georgia, der in den Fünfzigern gemeinsam mit seinen afroamerikanischen Anhängern durch Boykotte und Protestmärsche die Rassenschranken aufbrach. Der polnische Gewerkschafter Lech Walesa und der tschechische Schriftsteller Václav Havel, die in den Achtzigern mit persönlichem Mut, Kampf für eine Zivilgesellschaft und Organisationstalent Sargnägel in den osteuropäischen Kaderkommunismus schlugen.

Die Protagonisten des Wandels im 21. Jahrhundert sind keine naiven Blumenkinder, keine blauäugigen Pazifisten, keine Peace-now-Phantasten. Sie sind knallharte Macher, die mit den Lehren ihrer Vorbilder flexibel umgehen: Sie übernehmen Bausteine aus deren Revolutionskasten, beispielsweise die Aktionen des Ungehorsams gegenüber der Staatsgewalt, aber sie passen die Ideen von Gandhi & Co. der Neuzeit an. Weil ihnen mit dem Internet ein virtueller Marktplatz zur Verfügung steht, verzichten sie häufig auf gemeinsame öffentliche Auftritte und bevorzugen dezentrale Führung.

Sie haben begriffen, wie man mit „Soft Power“ umgeht. Sie sehen ihren Weg als bessere Alternative zum Einsatz der militärischen Hardware, zum Umsturz à la George W. Bush und Donald Rums-

Fackeln der Freiheit

US-Organisationen zur Förderung und Verbreitung der Demokratie in der Welt

Freedom House
1941 gegründet, Hauptsitz in Washington, Dependancen weltweit, zeitweilig CIA-Kontakte, legt aber Wert auf Unabhängigkeit

National Democratic Institute
1984 gegründet, Parteistiftung der Demokraten mit Sitz in Washington; Vorsitzende: Ex-Außenministerin Madeleine Albright

International Republican Institute
1983 gegründet, Parteistiftung der Republikaner, Sitz in Washington

National Endowment for Democracy
1983 gegründet, Sitz in Washington, Hauptfinanzier ist das US-Außenministerium

Soros Foundation und **Open Society Institute**
1984 und 1993 gegründet, Privatstiftungen des Investmentbankers und Milliardärs **George Soros,** Hauptsitz in New York, Dependancen weltweit

erfolgreicher Umsturz

SERBIEN und MONTENEGRO
Der Sturm aufs Parlament führt 2000 zum Sturz des Milošević-Regimes. Besonders aktiv: die studentische Organisation Otpor („Widerstand“).


ALEXANDER NEMENOV / AFP

Spezialeinheiten in Baku*: *Nächstes Wunschziel der Revolutionäre*

feld. Revolutionen von innen sind immer Eingriffen von außen vorzuziehen, sagen sie, selbsterlernte Demokratie der von den USA verordneten Demokratie. Deshalb mögen die meisten der Aktivisten zwar Amerika, seine Medien und seine Werte, halten aber Distanz zur Bush-Regierung.

Geht das? Benötigt die Revolutions-GmbH für ihren Kampf nicht erhebliche Geldmittel, und stammen diese nicht häufig von regierungsnahen amerikanischen Stiftungen, gelenkt von Neokonservativen oder, wie Freedom House und das International Republican Institute, gar von Politikern mit CIA-Verbindungen? Müssen die Demokratiemacher nicht fürchten, instrumentalisiert oder gar ferngesteuert zu werden?

Wie Revolutionäre aller Zeiten stehen sie zwischen allen Fronten. Kreml-Chef Wladimir Putin sieht in ihnen – wie seine

* Am 9. November vor einem Porträt des Präsidenten-Vaters Gejdar Alijew.

WEISSRUSSLAND
Polizei und Geheimdienstapparat des Lukaschenko-Regimes unterdrücken die Oppositionskräfte, darunter auch die Gruppe Subr („Wisent“).

UKRAINE
Massive Wahlfälschungen des Kutschma-Janukowitsch-Regimes führen im Dezember 2004 zur „Orangenen Revolution“. Zur Protestbewegung gehört die studentische Organisation Pora („Es ist Zeit“).

ПОРА

GEORGIEN
Nach serbischem Vorbild zwingt die Bürgerrechtsbewegung Kmara („Genug“) 2003 den immer selbstherrlicher regierenden Präsidenten Schewardnadse zum Rücktritt („Rosenrevolution“).

ქმარა!

DER SPIEGEL

RUSSLAND

USBEKISTAN
Während Freedom House Freiheitsaktivisten unterstützt, steht die Bush-Regierung offiziell immer noch zu Diktator Karimow als einem Verbündeten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Doch die U.S. Army muss ihren Luftstützpunkt räumen.

KASACHSTAN

CHINA

ASERBAIDSCHAN
Nach der Parlamentswahl vom 2. November erzwingt die Opposition Nachzählungen. Sie bringt aber nicht genügend Demonstranten zusammen, um Präsident Alijew zu gefährden, der 2003 nur durch Wahlbetrug ins Amt kam.

IRAN

AFGHANISTAN

KIRGISIEN
Nach der manipulierten Parlamentswahl 2005 wachsen Proteste gegen die Regierung rasch zu einem Aufstand. Die teilweise blutige „Tulpenrevolution“ treibt Präsident Akajew ins russische Exil.

Der zweite Weg

Die amerikanische Stiftung Freedom House will der Welt Demokratie beibringen.

Eine unscheinbare Villa am Dupont Circle in Washington, keine zwei Kilometer vom Weißen Haus. Kameras überwachen Hof und Parkplatz, die Tür öffnet sich nur für angemeldete Gäste. Die Organisation, die sich die weltweite Demokratie-Verbreitung auf die Fahnen geschrieben hat, liebt es dezent: Hier residiert Freedom House – eine der fünf großen amerikanischen Stiftungen, die Revolutionären unter die Arme greifen.

Auf der Marmortreppe stapeln sich Kisten. Zweimal am Tag kommt Federal Express, um neues Schulungsmaterial in alle Welt zu befördern; vorneweg auf der Adressatenliste steht die Zweigstelle in Budapest, von dort werden die Krisenherde in Mittelosteuropa, Nahost und um das Kaspische Meer „betreut".



DENNIS BRACK

Programmdirektorin Schriefer
„Wir verordnen nichts"

Die Stiftung Freedom House ist 1941 gegründet worden, um ein weltweites Gegengewicht zur Ideologie der Nazis zu schaffen; Präsidentengattin Eleanor Roosevelt war Taufpatin. Im Kalten Krieg wurde die Organisation auf einen neuen Feind gepolt, die Kommunisten Osteuropas – und dabei mit Millionen aus US-Regierungsfonds finanziert.

Zwischenzeitlich verstärkte sich für Kritiker der Verdacht, die Freiheitsideologen könnten eine Frontorganisation der CIA sein: James Woolsey, Ex-Geheimdienstdirektor und als Scharfmacher im Beraterstab des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld bekannt, wurde 2003 Freedom-House-Chef. Inzwischen hat er seinen Schreibtisch wieder geräumt. Vielleicht weil ein Mann mit dieser Biografie zu viel Schaden anrichtete. In der Villa am Dupont Circle legt man Wert auf Distanz zum Geheimdienst und, hinter vorgehaltener Hand, auch zum Weißen Haus, weil dieses weltpolitisch allzu sehr die Keule schwinge und einseitig auf Militäraktionen setze.

„Der zweite Weg" heißt die Strategie, einen Machtwechsel von innen zu bewirken und dazu die aus den jeweiligen Gesellschaften heraus entstehenden Zivilgesellschaften mit logistischem Beistand zu versorgen.

Manchmal scheint es, als setze inzwischen selbst US-Außenministerin Condoleezza Rice auf diese Soft Power. Bei einer Grundsatzrede in Kairo ließ sie im Juni aufhorchen: „Die USA haben in den vergangenen 60 Jahren in Nahost Stabilität erreichen wollen durch Vernachlässigung der Demokratie – und wir haben beides nicht erreicht. Jetzt versuchen wir einen neuen Weg."

Bush als „bad cop" mit der Invasionspeitsche, Rice als „good cop" mit dem Finanzhilfe-Zuckerbrot? Und Freedom House irgendwo dazwischen – womöglich CIA-Handlanger eines wohlmeinenden Demokratie-Imperialismus?

Über solche Vorstellungen kann Programmdirektorin Paula Schriefer, 36, nur lachen. „Wir erfüllen keinen Geheimdienstauftrag, und wir verordnen niemandem Demokratie", sagt die Dame, die so dynamisch und ausgeruht wirkt, als habe sie eben ihren Jahresurlaub hinter sich. Dabei ist sie gerade erst von einem Seminar in Serbien zurückgekehrt. „Wir bringen der Welt nur bei, wie Demokratie funktioniert – und dokumentieren, wo sie fehlt, wie man sie fördern könnte." Ihre Kollegin Jennifer Windsor formuliert es selbstbewusst so: „Breite Kampagnen auf ziviler Basis haben größere Aussicht, demokratische Ergebnisse zu erbringen als Militärinterventionen – außerdem kosten sie erheblich weniger."

Usbekistan steht derzeit ganz oben, Zentralasien und natürlich der Nahe Osten. China, die harte Nuss, wäre der Jackpot. Dort zählt die Stiftung 60 Prozent aller in Unfreiheit lebenden Menschen. Auf Kuba würde Paula Schriefer gern ein Büro eröffnen, „um das romantische Image dieses Regimes zu zerstören. Aber das geht nicht, viel zu gefährlich, die Geheimpolizei überwacht jeden Schritt", sagt sie. Irak sei auch ein Problem, da brauche man zu viele Sicherheitskräfte.

Im einstigen Ballsaal der Villa, wo an den Schreibtischen die Telefone gleichzeitig klingeln, geht es fast so hektisch zu wie unter Maklern auf dem Börsenparkett. Statt aktueller Aktienkurse hängt eine Weltkarte mit verschiedenfarbigen Pins an der Wand; sie markieren die Außenposten der Organisation. Den Vormarsch der Demokratie hält die Organisation in einer jedes Jahr aktualisierten „Landkarte der Freiheit" fest.

Grün sind die Musterknaben, die USA versteht sich, und Westeuropa. Violett sind die bösen Buben mit erheblichen Menschenrechtsdefiziten und ohne freigewählte Regierungen: Saudi-Arabien gehört ebenso dazu wie Pakistan, die Volksrepublik China und diverse zentralasiatische und afrikanische Staaten. Gelb kennzeichnet die Wackelkandidaten. Es geht voran auf der Welt, vertraut man dem Index: 1974 galten erst 41 Staaten als frei, heute sind es 89.

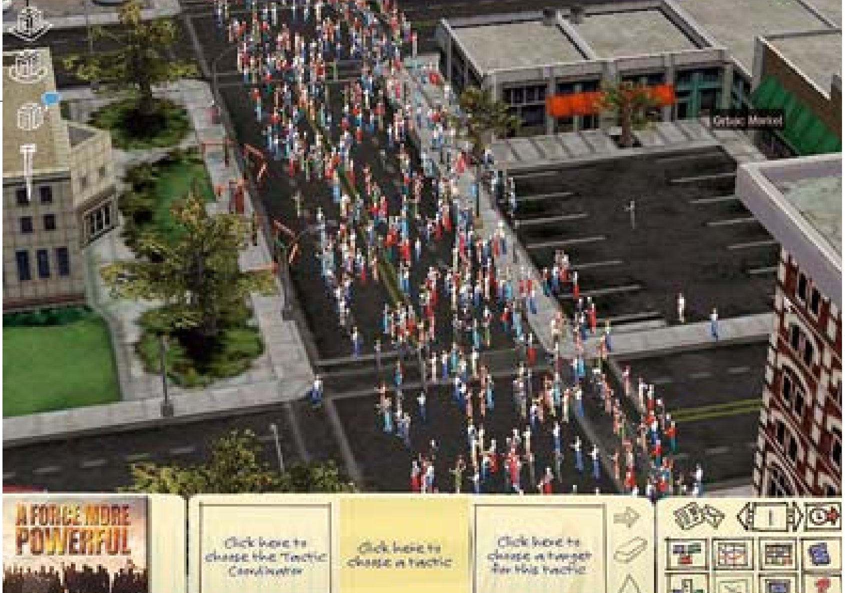
Zu den Schlimmsten gehörten vor einem Jahrzehnt 21, nach aktueller Einordnung bleiben 8 übrig. Die Freedom-House-Welt kennt allerdings auch Rückschläge: Russland ist von gelb auf violett zurückgestuft worden.



AFP

Präsidenten Bush, Saakaschwili*
„Landkarte der Freiheit"

* Am 10. Mai in Georgiens Hauptstadt Tiflis.





BREAKAWAYGAMES (L.); NENAD DJORDJEVIC (R.)

Computerspiel, Programmierer und Aktivist Marović: *Anleitung für junge Revolutionäre in aller Welt*

Freunde, die usbekischen und weißrussischen Herrscher – die Fünfte Kolonne Washingtons. Manche in der Bush-Regierung beäugen ihre Eigenständigkeit misstrauisch. Womöglich werden die Bürgerrechtsorganisationen tatsächlich von dem einen oder anderen CIA-Agenten unterwandert. Auch in den Kreisen der Jung-Revolutionäre gibt es bestechliche Karrieristen.

Viele erkennen die Manipulationsgefahr und sind doch selbstbewusst genug, auf ihre Unabhängigkeit zu pochen. Sie machen Fehler. Sie sind mancherorts schon dabei, die Ideale ihrer Volksaufstände aufzugeben. Aber sie sind bei aller Unvollkommenheit so etwas wie der positive Gegenentwurf zu dieser anderen globalisierten postmodernen, vernetzten und dezentralisierten Macht – des bösen Kraken al-Qaida, des weltweiten Dschihadismus.

Sie haben sich jetzt den Sturz der nächsten Autokraten vorgenommen, in Weißrussland und Usbekistan, selbst von Revolutionen in Simbabwe und Myanmar ist in ihren Kreisen die Rede – wer nicht wüsste, was sie schon alles geschafft haben, ohne dass sie eine Chance hatten, müsste die Aktivisten für größenwahnsinnig halten. Oder gar für verrückt.

Dieser Tage scheint wieder einmal alles gegen sie zu sprechen. Im ölreichen Aserbaidschan am Kaspischen Meer hat der Autokrat Ilcham Alijew die Parlamentswahl vom 6. November zu seinen Gunsten manipuliert. Am vergangenen Mittwoch zogen Tausende durch Baku, zusammengetrommelt auch von der Studentenbewegung Joch („Nein“), die sich an jugoslawischen und georgischen Vorbildern orientiert; fast alle trugen Orange, die Kennfarbe der Revolution in der Ukraine. Unter die Demonstranten gemischt hatten sich Sympathisanten aus den Staaten, die ihre Revolution schon hinter sich hatten.

Sie mögen sich überschätzen. Aber verrückt, das sind sie ganz und gar nicht. Sie sind die Kinder von Gandhi, Gates und Coca-Cola: pragmatische Träumer und idealistische Realos. Manche kennen sich nur unter Decknamen wie „Ché“, „Mahatma“ oder „Rosa“. Im wirklichen Leben heißen die Helden Ivan Marović, Aleksandar Marić, Alina Schpak oder Rasi Nurullajew: Dies ist ihre Geschichte.

Belgrad, Hauptstadt von Serbien-Montenegro, ein Oktoberabend 2005 in einer Wohnküche nahe dem Parlament. Auf dem Tisch steht eine Vase mit einer einzelnen Rose. Die Wände sind ohne Schmuck. Kein Poster, kein Foto. Wo ist die Erinnerung an die geballte Faust, das Symbol der Revolutionäre, das Fanal zum Kampf gegen den Diktator?

„Nicht nötig: Das Bild von der Faust ist immer bei mir“, sagt Ivan Marović, 31. „In meinen Träumen reißt es ein Soldat in Stücke, schließt ein Wärter die Gefängnistür hinter mir, schlägt ein Polizeiknüppel auf meine Freunde ein – und dann wache ich auf, schweißgebadet. Es braucht einige Momente, bis ich realisiere: Es ist vorbei. Und wir haben gewonnen, unfassbar, wir haben tatsächlich gewonnen.“

Sie sind die Kinder von Gandhi, Gates und Coca-Cola – und die Helden von heute.

Äußerlich: ein Mann ohne Merkmale. Durchschnittlich gutaussehend, schwarzhaarig, mittelgroß. Man ahnt, wie schwer es die Schergen der Geheimpolizei mit seiner Personenbeschreibung hatten. Charakterlich aber: ein Mann mit ausgeprägten Eigenschaften. Phantasievoll, pragmatisch, durchsetzungskräftig. Einen Handlungsreisenden in Sachen sanfter Revolution könnte man ihn nennen, einen Demokratie-Macher auf Bestellung. Er selbst formuliert es bescheidener: „Wenn ich in andere Länder gerufen werde und an eine Sache glaube, dann gebe ich meine Erfahrungen weiter, helfe mit, positive Entwicklungen zu befördern.“

Er nennt sich „Trainer“. Nur fünf weitere Gründungsmitglieder der ehemaligen Studentenbewegung Otpor dürfen diesen internen Titel tragen, der sie zu Auslandseinsätzen berechtigt: Aleksandar Marić, 31, gehört dazu, den Marović wegen der Vielzahl seiner Aufträge „unseren Ché Guevara“ nennt. Wo genau sie welche Lehrgänge abhalten, welches Honorar sie pro Tag oder Stunde verlangen – da schweigen sich die Demokratie-Guerilleros aus. Sie haben in Belgrad ein „Zentrum für gewaltlosen Widerstand“ gegründet.

Marović ist gerade von Vorträgen und Geschäftsbesprechungen in den USA zurück. Bei Baltimore entwickelt er zusammen mit der Firma BreakAway Games – und wesentlich finanziert von der Stiftung Freedom House – ein interaktives Computerspiel: „A Force More Powerful“. Es soll im kommenden Jahr auf den Markt kommen. Die Teilnehmer müssen zwischen verschiedenen Maßnahmen wählen, einen Diktator erst zu schwächen, ihn dann aus dem Weg zu räumen. Jede Form des zivilen Widerstands ist erlaubt, für eskalierende Gewalt gibt es Punktabzüge.

„Alles sehr realistisch und auf unseren Erfahrungen basierend“, sagt der gelernte Maschinenbauingenieur Marović, der als Computer-Freak das Programmieren teilweise übernehmen kann. Die Vorstellung, dass junge Leute das Spiel in wirklichen Diktaturen wie Weißrussland oder Usbekistan bald auf ihre PC laden können, erfüllt ihn mit großer Freude. „Gegen das Virus der neuen Freiheit, weitergegeben über die globalisierten neuen Medien, gibt es wenig Gegenmittel.“

Erinnerungen werden bei ihm wach, an die Anfangszeiten von Otpor, als die Milošević-Leute irgendwie mitgekriegt hatten, dass sich in Studentenkreisen Widerstand organisierte. Als die Ahnungslosen einen der Treffpunkte stürmten und riefen: „Wo ist das verdammte Internet?“ Sie



KOCA SULEJMANOVIC / AFP

Otpor-Aktivisten in Belgrad (Oktober 2000): *Streiks und subversive Späße*

meinten, mit der Zertrümmerung der Computer in einem Raum sei diese Form der Kommunikation ausgeschaltet.

Marović ist 15, als Milošević auf dem Amselfeld von Kosovo seine berühmte Rede hält, mit der er die Serben gegen die anderen Nationalitäten in Jugoslawien aufhetzt. Er ist 17, als die Kriege gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina beginnen. Er ist 18, als Jugoslawien zu einem Rumpfstaat schrumpft. Er ist 21, als das Massaker von Srebrenica die Welt aufrüttelt.

Irgendwann einmal lassen sich auch für den „an sich unpolitischen Menschen“ (Marović über sich selbst) die politischen Verhältnisse nicht mehr ausblenden. Als Student an der Belgrader Uni hilft er mit, 1996 einen Streik zu organisieren: Milošević will das für ihn ungünstige Ergebnis der Kommunalwahl nicht anerkennen. Doch trotz großen anfänglichen Zulaufs verläuft sich der Ausstand. Die Studenten sind dem Politiker und der staatlichen Propagandamaschinerie nicht gewachsen. Milošević taktiert, schließt Kompromisse, verteufelt den Westen und verhandelt dann wieder geschickt mit ihm. Noch kann er sich auf Armee, Polizei und Geheimdienst verlassen, die er mit Privilegien überschüttet, während der Lebensstandard für alle anderen dramatisch sinkt.

„Er ist fertig“, flüstern die Menschen auf Marktplätzen – und verlieren ihre Angst.

Am 10. Oktober 1998 treffen sich ein halbes Dutzend der beim Uni-Streik gescheiterten Aktivisten. Marović und Marić gehören dazu. Sie nennen ihre Gruppe Otpor, „Widerstand“, sie einigen sich auf die Anti-Regime-Slogans „Gotov Je“ („Er ist fertig“) und „Vreme Je“ („Es ist Zeit“). Sie geben sich die schwarz-weiße Faust als Kennzeichen – eine Parodie der roten Faust der Kommunisten. Sie beschließen, Otpor und seine Botschaft an möglichst viele Wände der Stadt zu sprühen.

Sie gründen per Handy und Internet in allen größeren Städten des Landes Otpor-Zweigstellen. Ohne Vorsitzenden, dezentral, gewaltfrei, um so der Staatsmacht möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten. Die Botschaft ist ebenso einfach wie eindeutig: Milošević muss weg. „Uns war bewusst, dass damit nicht alle strukturellen Übel Jugoslawiens ausgerottet waren. Aber ebenso klar war: Solange der Diktator an der Spitze stand, würde sich gar nichts bewegen“, sagt Marović. „Er hatte unser Volk als Geisel genommen.“

Als die Nato im März 1999 Belgrad zu bombardieren beginnt, hilft das dem Präsidenten zunächst. Er gibt sich als märtyrerhaften Volkshelden und nutzt die Gelegenheit, um die entstandenen Oppositionsparteien als „Unpatrioten“ zu diskreditieren. Aber gegen diesen anderen, diesen merkwürdig schattenhaften Widerstand findet er kein wirksames Mittel. Wie aus dem Nichts tauchen überall Otpor-Zeichen auf. Die Faust und das Wort „Widerstand“ erscheinen auf T-Shirts, Fähnchen, Aufklebern. „Er ist fertig“, flüstern die Menschen als Parole in Kinos, auf Marktplätzen, in Cafés.

Bei dieser hauptsächlich von Studenten getragenen Bewegung gewinnt die Provinz immer größere Bedeutung. Die jungen Leute von Novi Sad bis Niš haben im Milošević-Restjugoslawien keine Chance, einen guten Job zu finden oder ernsthaft politisch mitzubestimmen; sie können nicht ins Ausland reisen und keine Konzerte mit internationalen Popstars besuchen. Für sie ist Otpor ein Hoffnungsschimmer für ein besseres, weltoffeneres Jugoslawien: ein sozialer Bezugspunkt.

Die Bewegung ist bald allgegenwärtig. Widerstandsnester etablieren sich. Bei Diskussionsveranstaltungen, bei Partys, bei sportlichen Wettkämpfen entwickelt sich ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl – und die spielerische Bereitschaft zum Kampf. Marović, Marić & Co. werden bei Demonstrationen aufgegriffen, beim Sprayen erwischt. Sie wandern für ein, zwei Nächte ins Gefängnis. Polizisten prügeln einige andere Belgrader Otpor-Leute auch mal krankenhausreif. Weil die Aktivisten gewaltfrei operieren, hält sich die staatliche Gewalt in Grenzen – Milošević will mit dem Westen dealen, er steht unter internationaler Beobachtung.

Immer wieder kursieren Gerüchte über einen Schießbefehl gegen Demonstranten, den Milošević seinen Truppen gegeben haben soll. Jeder traut ihm diese Brutalität zu. „Deshalb war es so besonders wichtig, den Diktator von seinen Militärs und Geheimpolizisten zu trennen. Wir mussten unsere gewaltfreien Aktionen ausweiten, ihnen ein besseres finanzielles Fundament geben“, sagt Marović im Rückblick. „Wir schauten uns nach Unterstützung um. Wohlgemerkt, nach Hilfe, nicht nach Instruktionen.“

Noch gelten die damaligen Geldströme an Otpor als Tabuthema. Dass die Belgrader seit 1999 von der National Endowment for Democracy aus Washington fast drei Millionen Dollar erhalten haben, wird inzwischen kaum mehr bestritten; ebenso, dass Spenden in unbekannter Höhe von der Republikaner-Stiftung fließen – insgesamt wohl 40 Millionen Dollar aus Amerika. Der pensionierte US-Oberst und Ex-Militärgeheimdienstler Robert Helvey veranstaltet im Frühjahr 2000 ein Seminar mit 20 jugoslawischen Aktivisten „auf neutralem Boden“ im Hilton von Budapest.

Otpor-Führer Marić zuckt mit den Schultern. Der Mann, den sie mit Ché vergleichen, obwohl ihn mit dem kubanischen Revolutionär – vom Charisma und einer regen Reisetätigkeit abgesehen – herzlich wenig verbindet,


STARKIN / AFP

Diktator Milošević in Belgrad (2000): *Volk als Geisel*



DRAGAN MILOVANOVIC



K. YANNIS / CORBIS SYGMA

Revolutionär Marić, Massendemonstration in Belgrad (5. Oktober 2000): *„Auf allen Ebenen Gehorsam verweigern“*

sagt: „Andere Lehrgänge mit amerikanischen Freunden von Freedom House fanden in Novi Sad statt. Wir haben genau hingehört und nur das übernommen, was uns nützte. Beispielsweise rieten uns PR-Spezialisten aus den USA, doch die Faust gegen farbige, modernere Logos zu tauschen, wegen des besseren Eindrucks auf den Fernsehbildern im Westen. Wir lehnten ab.“

Als zentral erweist sich eine Sachspende, finanziert von Freedom House. 5000 Exemplare von Gene Sharps Buch „From Dictatorship to Democracy“. In dem Werk mit dem Untertitel „Ein methodisches System zur Befreiung“ zählt der amerikanische Professor und Gandhi-Jünger vom Bostoner Albert-Einstein-Institut „198 Methoden der gewaltfreien Aktion“ auf. Er schreibt: „Meine Prinzipien haben nichts mit Pazifismus zu tun. Sie basieren auf der Analyse der Macht in einer Diktatur und wie sie gebrochen werden kann – nämlich dadurch, dass die Bürger auf allen Ebenen der Staatsmacht und ihren Institutionen den Gehorsam verweigern.“ Sharp gilt bald als Guru der Aktivisten; seine wichtigsten Erkenntnisse werden in einem „Otpor-Handbuch“ zusammengefasst und von Hand zu Hand gereicht.

In ganz Serbien spielen Studenten Katz und Maus mit der Staatsmacht. Und als ein erboster Milošević Otpor abwechselnd zu einem Sammelbecken von „Kriminellen und Drogensüchtigen“ und zu einer „terroristischen Vereinigung“ erklären lässt, machen sich Tausende junger Leute über diese absurden Vorwürfe lustig. „Ich bin ein Drogenabhängiger“, heißt es auf T-Shirts mit der schwarzen Faust. Oder sie laufen mit Käppis durch die Gegend, auf denen steht: „Achtung, hier kommt ein Otpor-Terrorist“.

Otpor wird – ganz nach dem Credo des PR-bewussten „Coca-Cola-Revolutionärs“ Marović – zu einem Markennamen. Diese Form von Opposition verliert selbst für die Säulen des Regimes von Polizei und Armee langsam ihren Schrecken. „Unsere Botschaft lautete: Es gibt keinen Krieg zwischen euch und uns“, erklärt Marović die Otpor-Taktik. „Wir sind gemeinsam Opfer des Diktators und seines Systems.“

Fast jede Verhaftung eines Aktivisten wird zu einem Anwerbegespräch für die Oppositionellen. Vor allem in den Kleinstädten und auf dem Land fällt ins Gewicht, dass zu den Aktivisten, deren Zahl im Sommer 2000 auf über 70 000 geschätzt wird, die jedermann bekannten Söhne und Töchter aus der Nachbarschaft gehören. In einem Dorf bei Novi Sad sperrt der Polizeichef drei junge Otpor-Sprayer ein. Als er abends nach Hause kommt, weigert sich seine Frau, das Abendessen zu servieren, bevor er die jungen Leute nicht wieder freilässt: Du spinnst, sagt sie, das sind doch keine Verbrecher, sondern nette Jungen, die alle auf dem Geburtstag von unserem Sohn waren! Der Polizeichef gibt nach. Wieder ein kleiner Etappensieg.

So zerbröckelt die Macht des Diktators, langsam, aber kontinuierlich. Die psychologischen Grundlagen für einen Wandel sind gegeben. Milošević spürt wohl kommendes politisches Unheil. Er drückt im Juli 2000 eine Verfassungsänderung durch, die ihm erlaubt, sich noch einmal ums Präsidentenamt zu bewerben. Er setzt die Wahl zwei Monate später an. Kaum Zeit für eine zerstrittene politische Opposition, sich zu formieren.

In allen staatlichen Büros, in den Fabriken mit ihren kommunistischen „Betriebsräten“ ist der Druck, für Milošević zu stimmen, groß. Doch es gibt einen überraschenden Gegendruck. Die Otpor-Aktivisten zeigen, dass sie mehr sind als nur eine originelle Anti-Kraft gegen einen scheinbar Übermächtigen: Sie appellieren an die Oppositionsparteien, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen und ihn mit aller Macht zu unterstützen. Und so geschieht es. Vojislav Koštunica, ein Verfassungsrechtler, ist für das Gros seiner Landsleute ein unverbrauchter Saubermann – ein großer Vorteil. Die wütenden Attacken gegen den nationalistischen Gegenkandidaten, vorgetragen von den staatlichen Medien, helfen ihm eher, als dass sie ihm schaden. Otpor verhält sich im Wahlkampf eher unauffällig. Am Tag der Entscheidung aber steht an vielen Wänden: „Wir sagen Ihnen nicht, wen Sie wählen sollen. Aber bevor Sie Ihre Stimme abgeben: Fragen Sie mal Ihre Kinder.“

Koštunica gewinnt an diesem 24. September, laut unabhängigen Wahlbeobachtern mit einer absoluten Mehrheit. Doch Milošević fordert eine Stichwahl – er lässt das Ergebnis seines Gegners unter 50 Prozent rechnen. Tausende ziehen auf die

Der Mann vom US-Militärgeheimdienst bittet die Revolutionäre zum Lehrgang ins Hilton.





BÄRBEL SCHMIDT (L.); SHAKH AIVAZOV / AP (R.)

Milliardär und Revolutionsförderer Soros in New York, Demonstranten in Georgien (2003): *Heuschrecke und Heilsbringer*

Straßen. Wie von Otpor angeregt, haben viele Babyrasseln mitgebracht. Alle verstehen das Symbol, das den einst so Mächtigen lächerlich macht: Er soll nicht wie ein Kleinkind weinen, Serbien sei nun erwachsen geworden. Für den 2. Oktober wird ein Generalstreik anberaumt.

Polizisten blockieren Brücken und Straßen. Studenten bestreiken die Universität. Textilarbeiter und die Männer aus den Kohlebergwerken legen die Arbeit nieder. Der zivile Ungehorsam erfasst, ganz nach dem Otpor-Handbuch, alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Gleichzeitig gibt es Geheimgespräche zwischen Aktivisten, die an der Seite der siegreichen Koštunica-Mannschaft von den Polizeipräsidenten mehrerer Städte fordern, auf Gewaltanwendung zu verzichten. „In einigen Fällen hat Milošević dann tatsächlich Polizeiaktionen gefordert, doch seine Truppen haben ihm nicht mehr gehorcht“, sagt Studentenführer Marović.

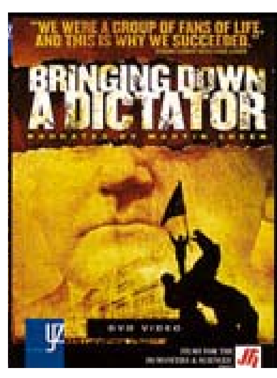
Noch einmal fordert Otpor alle seine Leute auf, sich nicht provozieren zu lassen. Noch einmal steht alles auf Messers Schneide. Aber dann gibt Milošević angesichts von vielleicht 300 000 Demonstranten in Belgrad entnervt auf. Nach seiner Verhaftung durch die serbische Polizei am 1. April 2001 führt ihn der Weg vor das Internationale Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag. Milošević, den der Westen lange als Verhandlungspartner akzeptierte, dann mit einer Militärkampagne aus dem Amt zu bomben versuchte, ist Geschichte. „Keine Oppositionsgruppe war beim Kampf gegen das Regime so entscheidend, für seinen Sturz so wichtig wie Otpor“, schreibt die „New York Times“.

Es bleibt eine unvollendete Revolution. Schon bald nach dem Sturz zeigt sich, dass es viel schwieriger ist, die Wurzeln einer Diktatur auszurotten, als den Diktator zu kippen. Die von Milošević geförderte Vetternwirtschaft und Korruption verschwindet nicht mit ihm. Eine Zivilgesellschaft lebt von demokratischen Institutionen und dem Glauben der Bevölkerung, dass sie einer Mehrheit nutzen. Neue Gesichter in einer Regierung sind nicht alles.

Wie schmerzlich der nachrevolutionäre Prozess sein kann, erfährt auch Otpor. Drei Jahre nach dem Triumph entschließt sich eine Mehrheit in der Führung zum Richtungswechsel – der „Widerstand“ wird zu einer politischen Partei. „Ich habe das schon damals für einen Fehler gehalten und bin leider in meinem Urteil grausam bestätigt worden“, sagt Marović.

Otpor muss sich nun hierarchische Strukturen geben, ein politisches Programm entwickeln. Die Organisation steigt aus den Höhen des Freiheitskampfes in die Niederungen des Parteiengezänks hinab. Sie scheitert im Jahr 2003 an den Urnen kläglich. Ganze 1,6 Prozent der Wähler wollen sie im Parlament sehen.

Premier Zoran Djindjić, einer der wenigen politischen Hoffnungsträger, fällt am 26. Mai 2003 einem Mordanschlag zum Opfer. Kriegsverbrecher wie Radovan Karadžić und Ratko Mladić werden nicht ausgeliefert, obwohl sie zwischenzeitlich wohl sogar in Belgrad untertauchten. Noch immer leugnen viele Serben die in ihrem Namen begangenen Massaker.



Propagandafilm
Anleitung zum Umsturz

In die Katerstimmung von Otpor-Auflösungstendenzen und Fall in die politische Bedeutungslosigkeit hinein platzt eine E-Mail. Sie stammt aus Georgien. „Liebe Freunde“, heißt es darin. „Wir haben hier eine vorrevolutionäre Situation. Wir wissen, ihr habt einen korrupten Herrscher erfolgreich in die Wüste geschickt. Das wollen wir auch schaffen. Könnt ihr uns zeigen, wie das geht?“

Hoch oben, im 32. Stock eines prachtvollen Bürogebäudes nahe dem New Yorker Central Park, regiert George Soros und schafft so etwas Ähnliches wie die Quadratur des Kreises: Der gebürtige Ungar, 75, macht als Finanzinvestor und Spekulant Milliarden, geißelt gleichzeitig den globalen Kapitalismus und speist mit Teilen seines Vermögens Bürgerbewegungen auf der einst antikapitalistischen Seite der Welt. Er ist, sozusagen, Heuschrecke und Heilsbringer in einem.

In einigen Staaten arbeitet Soros mit Organisationen wie Freedom House zusammen – etwa in Jugoslawien und auch in Georgien. Grundsätzlich steht er der Bush-Regierung äußerst kritisch gegenüber; im letzten Wahlkampf hat er mit Millionengeldern den Demokraten John Kerry unterstützt. „Ob Guantanamo oder Abu Ghureib: Es gibt einen Gegensatz zwischen dem, was die USA in Sachen Menschenrecht predigen und was sie praktizieren. Und weil Amerika sich in den Augen so vieler in der Welt diskreditiert hat, werden alle Initiativen diskreditiert, die mit Amerika verbunden sind“, heißt es im jüngsten Jahresbericht der Stiftung. „Dies ist ein Rückschlag auch für unsere Bemühungen, offene Zivilgesellschaften zu schaffen.“

An diesem Tag im März 2003 hat Soros Besuch aus dem Kaukasus – angereist ist Alexander Lomaja, ein kahlköpfiger Inge-



Erstürmung des Parlaments in Tiflis (22. November 2003): *„Unsere gelehrigsten Schüler“*



Schewardnadse, US-Botschafter Miles
Kostbare Lenkwaffe

nieur Ende zwanzig, der seit Jahresanfang die Tifliser Filiale von Soros' Open Society Institute leitet. Um im clangeprägten Südkaukasus für die Schaffung einer „offenen Gesellschaft“ einzutreten, bedarf es hartnäckiger Strategen. Lomaja ist so einer.

Doch so wie er jetzt an Soros' langem Arbeitstisch referiert, klingt er wenig hoffnungsfroh. Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse habe in den beiden vergangenen Jahren sämtliche Vorschläge zur Korruptionsbekämpfung ignoriert, die man ihm unterbreitete.

Soros ist im Bilde. „Schewardnadse ist nicht interessiert an einer offenen Gesellschaft“, sagt der Milliardär und Philanthrop. Was habe man ihm nicht alles nahe gelegt, „nichts davon wurde realisiert“. Andere Wege müssten nun gewählt werden. Lomaja, der in Tiflis über 40 Soros-Mitarbeiter und einen für georgische Verhältnisse stolzen Jahresetat von 1,3 Millionen Dollar verfügt, hat zum Glück schon einen Plan.

Er erzählt von einer Gruppe junger Leute, die sich seit einiger Zeit im Tifliser Freiheits-Institut an der Gribojedow-Straße trafen und Aktionen gegen die Staatsmacht forderten. Er weiß, dass Giga Bokeria, ein Mitbegründer des Instituts, gerade mit US-Geldern versehen nach Belgrad gereist ist, um dort von den Otpor-Aktivisten um Marić zu erfahren, wie ein korruptes System aus den Angeln zu heben sei.

Im kommenden November, sagt Lomaja im Haus am Central Park zu seinem Chef, stünde in Tiflis die Parlamentswahl an. Wenn nicht bald etwas passiere, werde es wieder zu Wahlfälschungen kommen.

Soros sichert zu, Exit Polls finanzieren zu helfen – Wählerbefragungen beim Verlassen der Kabine –, und nicht nur das. Wenig später kleben in und um Tiflis erste orangefarbene Plakate mit der Aufschrift „Geh und wähle“ an den Wänden. Und es gründet sich, gefördert von Soros, die studentische Protest- und Bürgerrechtsbewegung Kmara.

Kmara heißt „Genug“. Die Losung ist eingängig wie die siegreiche Anti-Milošević-Parole „Er ist fertig“. Auch das Symbol der Georgier, eine geballte Faust, ist von den Belgrader Gesinnungsgenossen abgekupfert. Das serbische Beispiel zeige, „dass es möglich ist, ein Regime zu stürzen, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen“, macht Lomaja seinen jungen Wilden nach der Rückkehr am Marmorkamin des Freiheits-Instituts in Tiflis Mut.

„Es ist möglich, ein Regime zu stürzen, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen.“

Am 14. April 2003 setzt Kmara ein erstes Zeichen gegen die Staatsmacht – mit alten Fahnen der Sowjetrepublik Georgien, auf denen Porträts von Schewardnadse kleben, marschieren Hunderte Studenten zur Präsidialkanzlei. Das Datum ist mit Bedacht gewählt. Genau ein Vierteljahrhundert zuvor hatten Studenten dagegen protestiert, dass neben Georgisch auch Russisch als Staatssprache in die Verfassung aufgenommen werden sollte. Ziel ihres Zorns schon damals: Eduard Schewardnadse, Georgiens KP-Chef.

Diesmal reagiert Schewardnadse auf die Demonstrationen hysterisch. Er beklagt eine von Russland gesteuerte Verschwörung. Die in Wahrheit aus New York und Belgrad unterstützten Kmara-Aktivisten genießen die kostenlose Werbung in eigener Sache.

Es gibt keine Mitgliedsausweise bei Kmara und keine Funktionärsposten. Die Hierarchien sind flach wie einst bei Otpor in Serbien und wie von Gene Sharp gefordert, dem amerikanischen Cheftheoretiker der gewaltfreien Revolutionen – die Stimme des Volks soll auch dann noch hörbar sein, wenn einzelne Kritiker vom Regime mundtot gemacht werden.

Noch im April, dem Monat der Kmara-Gründung, trifft der Tifliser US-Botschafter Richard Miles den führenden Oppositionspolitiker Surab Schwanija. Danach verkündet er öffentlich, die USA wünschten „faire Wahlen“. Die Losung markiert den Warnschuss für das sturmreife Regime.

So ist es in Tiflis. So ähnlich wird es später in Kiew, Bischkek und womöglich auch Baku und Minsk sein.

Botschafter Miles, 66, weiß, was in Georgien für sein Land auf dem Spiel steht. Er ist ein Karrierediplomat, russischsprachig, Absolvent des U. S. Russian Institute in Garmisch-Partenkirchen, und war noch zu Sowjetzeiten Generalkonsul in Leningrad.

Die Russen halten Miles für einen getarnten Nachrichtendienstler, das State Department hält Miles für eine kostbare Lenkwaffe. Als Missionschef in Belgrad hat er bis 1999 den Aufbau der Anti-Milošević-Bewegung unterstützt. Als Botschafter in Bulgarien „begleitete“ er danach die Wandlung des Sozialisten Georgij Parwanow zum Nato-Befürworter und die Installierung des einstigen Zaren Simeon II. auf dem Posten des Premiers.

Schon vor Amtsantritt in Tiflis hat der umtriebige Diplomat (Branchenname „Miles and More“) bei seiner Anhörung vor dem US-Senat seine Ziele als künftiger Botschafter geschildert: Er strebe einen „friedlichen und demokratischen Machtwechsel“ bei der Wahl 2005 in Georgien an. Als es im Frühjahr 2003 erste Anzeichen gibt, Schewardnadse könnte es schneller als erwartet an den Kragen gehen, steht der US-Botschafter als Verbindungsmann zwischen den Lagern der sich formierenden Regimegegner parat.

Die Voraussetzungen für einen Wechsel sind nicht schlecht. Die Menschen sind wegen der Korruption und Misswirtschaft im Land aufgebracht, und es fehlt auch nicht an einem potentiellen Volkstribun – Micheil Saakaschwili, Jahrgang 1967, Ju-

GLEB GARANICH / REUTERS

Siegesfeier nach der Abdankung des Präsidenten Schewardnadse in Tiflis (23. November 2003): *„Fuchs“ ohne Ausweg*

rist mit US-Ausbildung (und mehreren nicht näher spezifizierten Trips nach Belgrad); es gibt außerdem für die Mobilisierung der Straße Kmara; und es existiert ein unabhängiger Fernsehsender, Rustawi-2, 1994 mit Soros-Zuschüssen gegründet.

Die internationale Gemeinschaft und die USA, sagt Botschafter Miles in einem Interview mit Rustawi-2, hätten „sehr hart“ für die georgische Wahl gearbeitet und mehrere Millionen Dollar ausgegeben. Nun erwarte man „ein Wachstum bei der Qualität der Demokratie“, mehr noch: „eine neue Ära“. Präsident Schewardnadse hört die Signale. Er, den sie den „Fuchs“ nennen, mag das Gespür für die Nöte seines Volkes verloren haben. Auf jede Form der Bedrohung seiner Macht aber reagiert er sensibel. Schewardnadse droht, all jene Organisationen des Landes zu verweisen, die „organisiertes Chaos“ in Georgien auszulösen planten. Er nennt keine Namen. Doch seine Gehilfen lässt er deutlicher werden – es geht um die Soros-Stiftung, um die Belgrader Berater.

Der Soros-Mann Lomaja in Tiflis schlägt zurück. Er spricht öffentlich von einem „autoritären Regime“ in Georgien, und bereitet, während draußen Tausende Demonstranten aufmarschieren, wie mit Soros vereinbart Exit Polls vor. Jugoslawische Otpor-Aktivisten schulen die angehenden Wahlbeobachter. Die Georgier, wird der Revolutionsreisende Marić später sagen, seien seine gelehrigsten Schüler gewesen.

Mit Soros-Geldern wird im Juni 2003 in Zchwaritschamija ein dreitägiges Training in Sachen friedlicher Revolution organisiert. Über 1000 Kmara-Aktivisten versammeln sich in der 15 Kilometer von Tiflis entfernten Kloster-Stadt und nehmen Quartier in einem alten sowjetischen Kinderferienlager.

In einem dreigeschossigen Wohnheim, vor dem an einer Betonmauer Mosaike mit sowjetischen Jungpionieren unter Hammer und Sichel bröckeln, nächtigt die Vorhut der Revolution. Stundenlang fällt die Wasserversorgung aus, in der Kantine schmurgeln Reisbrei und landestypische Chartscho-Fleischsuppe. Bei all dem wird hart gearbeitet – die Novizen hören Vorträge über gewaltlosen Widerstand.


VANO SHLAMOV / AFP

Minister Lomaja in Tiflis: *Karriere eines Revolutionärs*

Am nachhaltigsten beeindruckt die jungen Georgier ein Film – Peter Ackermans „Bringing Down a Dictator“, die Chronologie des Sturzes von Milošević. Der Streifen skizziert ein Szenario auch für den Umsturz in Tiflis und schlägt so, in einem schäbigen Pionierlager unweit der georgischen Hauptstadt, die Brücke zwischen Enkeln des Sowjetreichs und Demokratiestrategen der amerikanischen Ostküste.

Filmautor Ackerman ist Leiter des Washingtoner Internationalen Zentrums für gewaltfreie Konflikte und Mitglied des US-Rats für außenpolitische Beziehungen. Gewaltloser Widerstand sei ein „Werkzeugkasten, eine Art Waffenarsenal“, sagt er, das sich für strategische Ziele in „Schlüsselregionen, die US-Politiker beeinflussen wollen“, hervorragend eigne.

Georgien ist so eine Schlüsselregion aus amerikanischer Sicht. Spätestens seit klar ist, dass hier ab 2005 mit einer 2,5 Milliarden Euro teuren Pipeline Öl aus dem Kaspischen Meer Richtung Westen durchgepumpt werden wird. Im Juli 2003 schickt George W. Bush einen Mann nach Tiflis, der den georgischen Präsidenten letztmals auf Linie zu bringen versucht – James Baker, als Außenminister noch Schewardnadses Gegenüber zu Sowjetzeiten, inzwischen mit der Anwaltskanzlei Baker Botts Marktführer im Sektor von Öl- und Gasgeschäften rund ums Kaspische Meer.

Die Kmara-Aktivisten, die sich zu dieser Zeit für große Taten rüsten, kümmert das

geopolitische Schach hinter den Kulissen wenig. Sie sind im Durchschnitt 19 Jahre alt, mit dem Herzen im Westen und halten Schewardnadse für einen Restposten aus der versunkenen Sowjetwelt.

Die Weltanschauungen des Präsidenten und seiner aufmüpfigen Jugend prallen von Anfang Oktober 2003 an direkt aufeinander – Schewardnadses Polizisten verprügeln Kmara-Aktivisten und sperren sie in der Tifliser Polizeiwache ein. Kmara reagiert und verkündet im „Haus des Kinos“ das Manifest „Zehn Schritte zur Freiheit“. Soros-Mann Lomaja hat daran mitgewirkt.

Gut zwei Wochen später überwacht er am Computer des Medienzentrums die Ergebnisse der Exit Polls. Die Parlamentswahl in Georgien findet statt, und Lomaja sieht die Partei des Oppositionsführers Saakaschwili acht Prozentpunkte vor dem Schewardnadse-Block. Noch vor dem Ende der Auszählung verkünden Schewardnadse-Getreue einen Sieg der Präsidentenpartei, doch die groben Wahlmanipulationen sind offensichtlich.

Dann geht alles ganz schnell – Kmara organisiert den Protest auf der Straße. In derselben Woche bevölkern in Tiflis 15 000 Demonstranten den Platz vor dem Parlament. Saakaschwili verkündet den „totalen Widerstand gegen Schewardnadse“, allerdings mit friedlichen Mitteln. Der Fuchs im Präsidentenpalast will die Zeichen der Zeit noch nicht wahrhaben.

Während auf dem Rustaweli-Boulevard Regimegegner Rosen an die Polizisten verteilen, sucht Schewardnadse nach neuen Bündnispartnern und wettert gegen die von den US-Stiftungen finanzierten Studenten. Erst als Saakaschwili gemeinsam mit Soros-Mann Lomaja und anderen Freunden das Parlament stürmt, naht das Ende – am 23. November um 19.51 Uhr verkündet ein zerknirschter Schewardnadse, er trete als Staatschef zurück.

US-Botschafter Richard Miles half, den Deal zu vermitteln, das Volk jubelt. Sechs Wochen später wählt es Saakaschwili mit sowjetverdächtigen 96 Prozent der Stimmen zum neuen Staatsoberhaupt.

An der politischen Großwetterlage hat sich seither nicht viel geändert. Auch zwei Jahre nach der Rosenrevolution umfängt der starke Arm der USA unverändert Georgien – 138,9 Millionen Dollar an amerikanischer Unterstützung fließen allein in diesem Jahr in die Republik am Südrand des Kaukasus, ein neuer Vertrag über knapp 300 Millionen Dollar Zuschuss für Infrastrukturmaßnahmen ist unterzeichnet; der 58 Millionen Dollar teure Neubau der US-Botschaft soll im kommenden März eingeweiht werden.

Dennoch fehlt es im Land weiter an Zeichen des Aufbruchs. Die Inflationsrate ist mit rund sieben Prozent nicht deutlich gesunken, die Arbeitslosigkeit wächst. Das monatliche Durchschnittseinkommen beträgt 40 Euro. Die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien sind unverändert in Rebellenhand, allen Versprechen des wortmächtigen Präsidenten Saakaschwili zum Trotz.

In seiner Regierung zeigen sich erste Risse: Die Außenministerin, von ihm protegiert, muss gehen. Georgier beklagen, dass die Korruption fast schon wieder Ausmaße angenommen hat wie in der Schewardnadse-Zeit. Nicht einmal Alexander Lomaja, der Soros-Stratege der Rosenrevolution, vermittelt noch Optimismus. Er ist georgischer Bildungsminister geworden, doch wie er jetzt da so sitzt, in seinem großzügigen Amtszimmer, wirkt der Mann mit dem kahlen Schädel bedrückt von der Problemlast seines Landes.

In Tiflis ist Präsident Schewardnadse noch nicht gestürzt, da zieht Marić, der Ché Guevara der Jugendbewegung, schon weiter. Auf den serbischen Otpor-Aktivisten, der bis zum Herbst 2003 Georgiens Aufständische beraten hat, warten nun Aufgaben in der Ukraine.

In Kiew steht der skandal- und korruptionsbelastete Präsident Leonid Kutschma im letzten Jahr seiner zehnjährigen Amtszeit. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er, koste es, was es wolle, den zweifach vorbestraften Premierminister Wiktor Janukowitsch als seinen Nachfolger installieren will. Faire, freie Wahlen erwartet kaum jemand mehr im Land.



PORA.ORG.UA



Pora-Trainingslager am Schwarzen Meer, Aktivistin Schpak: *„Den Autokraten lächerlich gemacht“*

Schon früher war der Serbe Marić im Auftrag von Freedom House zu Vorträgen in Donezk und Odessa. Jetzt, im November 2003, hat die britische Westminster-Stiftung Geld gegeben für eine Reise durch fünf Städte der Ukraine. In Pionierpalästen und Jugendzentren erzählt Marić, wie sie drei Jahre zuvor in Belgrad Milošević erledigten – mit Phantasie, Ausdauer, ohne Gewalt. Und gerade den Georgier.

Marićs Schilderungen fallen in der Ukraine auf fruchtbaren Boden. Es gibt hier ein dichtes Netz westlicher NGO, die Nichtregierungsorganisationen pumpen Geld in die Entwicklung demokratischer Strukturen. Und es gibt, von den Studentenprotesten der späten Achtziger bis zur gescheiterten „Ukraine ohne Kutschma“-Bewegung 2001, eine Tradition zivilen Ungehorsams gegenüber den Machthabern.

Allerdings ist die Ukraine nicht Serbien und auch mit Georgien nicht zu vergleichen. In der Ukraine leben nur gut fünf



Demonstranten der Studentenbewegung Pora vor dem Präsidentenpalast in Kiew (November 2004): *„Nudeln auf die Ohren“*

Prozent der Bevölkerung in der Hauptstadt. Um Europas zweitgrößten Flächenstaat in Aufruhr zu versetzen, müssen Zellen gebildet werden. Im prorussischen, industrialisierten Osten des Landes ist das eine fast unlösbare Aufgabe.

Marić und seine Mitstreiter kümmern sich um die Jugend. Seit Monaten gibt es Bestrebungen, nach dem Modell von Otpor und Kmara eine Protestbewegung zu gründen. Ab Januar 2004 formiert sich dann Pora – „Es ist Zeit“. Auf der Bühne positionieren sich gleichzeitig die Oppositionsführer Wiktor Juschtschenko und Julija Timoschenko als Hoffnungsträger.

65 Millionen Dollar an US-Steuergeldern fließen seit 2002 allein vom US-Außenministerium für die Wahl in der Ukraine über die NED und die Parteistiftungen NDI und IRI. „Wir wissen nicht genau, wie viele Millionen oder Dutzende Millionen Dollar die Regierung der USA für die Präsidentenwahl in der Ukraine ausgegeben hat“, bemängelt der republikanische Abgeordnete Ron Paul in Washington: „Aber wir wissen, dass der Großteil des Geldes zur Unterstützung eines bestimmten Kandidaten gedacht war“ – Wiktor Juschtschenko.

Als Pora-Aktivisten im Mai ins serbische Novi Sad aufbrechen, wo Kommunikationstrainer gebucht sind, bezahlt die britische Westminster-Stiftung.



Präsidenten Kutschma, Putin (M.)*
Vergeblicher Beistand vom großen Bruder

Pora hat jetzt bereits Strukturen, die das ganze Land umfassen, und eine Strategie. Es beginnt die offensive Phase der Kampagne. Am 1. August treffen sich 320 junge Ukrainer, auf Rechnung von Freedom House, für eine Woche im Sommercamp in Jewpatorija auf der Krim. Dabei sind 72 sogenannte Kuschs, regionale Untergliederungen der Pora, aus Gebieten zu je einer halben Million Einwohner.

Zu den Aktivisten zählen die unterschiedlichsten Charaktere. Da sind einmal die glühenden Idealisten wie die Studentin Alina Schpak. Aber auch kühl planende Pragmatiker wie Wladislaw Kaskiw, der Kiewer Programmdirektor der Soros-Stiftung – tief eingenistet in ein Beziehungsgeflecht diverser Geldgeber.

In Kiew wird kofferweise Bargeld aus den USA angeliefert – Hilfe für die Opposition.

Man schläft in Zelten am Strand, nur die Trainer mit ihren Frauen belegen Apartments. Tagsüber werden Abläufe geprobt für den Ernstfall und Broschüren verteilt – 40 Millionen Blatt Gedrucktes sollen am Ende unter die Ukrainer kommen. Es ergeht die Anweisung, 35 000 Mitglieder zu rekrutieren, die zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt nach Kiew marschieren und den Machtwechsel vollenden sollen. Die Revolution bekommt eine Kennfarbe: Alle sollen Orange tragen.

Doch während sich die einheitlich in orange T-Shirts gekleideten Aktivisten auf der Krim in Reih und Glied hart an der Wasserkante für die Pora-Website fotografieren lassen, ist in den politischen Zirkeln der Hauptstadt noch immer keine Strategie erkennbar. Der Kandidat Juschtschenko gilt als zögerlich, der US-Botschafter John Herbst äußert im kleinen Kreis erhebliche Bedenken, ob mit diesem Mann ein Regimewechsel möglich sei.

* Am 28. Oktober 2004 mit dem von ihnen favorisierten Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch in Kiew.

Russland, so viel ist klar, setzt auf Stabilität. Es braucht eine berechenbare Ukraine als Korridor für seine Öl- und Gaslieferungen und als Stützpunkt für seine Schwarzmeerflotte. Präsident Putin umgarnt Kutschmas Kandidaten Janukowitsch bei zwei Besuchen und hat seine renommiertesten Polit-Technologen nach Kiew entsandt.

Andererseits führt nun für die USA und ihre westlichen Verbündeten kein Weg mehr zurück. Viel Geld, viel Mühe ist investiert worden. Kofferweise wird in den Wochen vor der Wahl Bargeld aus den USA am Flughafen Kiew ausgeladen, erzählt die Buchhalterin der oppositionellen Organisation „Unsere Ukraine“ Vertrauten. Eine amerikanische Privatspende über 150 000 Dollar sei vorübergehend beiseite gelegt worden, weil keiner mehr gewusst habe, wohin mit ihr.

Als der von einer rätselhaften Krankheit sichtbar entstellte Wiktor Juschtschenko am 31. Oktober zum ersten Wahlgang antritt, ist sein Lager gerüstet für den Fall der Fälle. Die Hauptstadt und der Rest des Landes sind flächendeckend beschickt mit Wahlbeobachtern. Die New Yorker Marktforschungskanzlei Penn, Schoen & Berland, vier Jahre zuvor beim Sturz Miloševićs schon in Serbien tätig, wird die Exit Polls erstellen. Die Pora-Leute schließlich warten auf ein Signal von oben.

Zelte und Feldküchen für Massendemonstrationen hat der Kernbrennstoffhändler David Schwanija von der Opposition vorsorglich schon kaufen lassen. Und doch vergehen nach der Verkündung des Wahlergebnisses, das Kutschmas Kandidaten Janukowitsch überraschend im Rückstand sieht, noch Wochen, ehe die Entscheidung zum koordinierten Aufstand fällt.

Marić wird am Flughafen Kiew abgefangen und auf Befehl des alten Regimes in die Heimat abgeschoben – kein Visum mehr für den Revolutionsorganisator. Aber zu diesem Zeitpunkt brauchen ihn die neu-

ausgebildeten Pora-Profis gar nicht mehr – sie beschließen, dass sich der Volkszorn nirgendwo anders als am zentralen Kiewer Platz, dem Maidan, zu konzentrieren habe. Hier waren Jahre zuvor schon einmal eine Million Demonstranten versammelt; hier, in der Senke, flankiert von stalinistischen Protzbauten, kann das Volk von unten der Macht oben am Hügel drohen.

Der Maidan taugt perfekt zum Symbol. Die Bühne ist schon aufgebaut, die Mikrofone sind montiert und die Massen in gespannter Erwartung, als nach dem Stichentscheid am Abend des 21. November die Wahllokale schließen. Zum Sieger wird diesmal der Mann des alten Regimes, Wiktor Janukowitsch, ausgerufen. Was dann geschieht, überwältigt alle, auch jene, die später zu Helden der Revolution erklärt werden.

„Wir waren das Streichholz für das Feuer, das in den Leuten schon brannte“, sagt ein Pora-Mann. Die Aktivisten organisieren eine Stadt aus 1546 Zelten, und aus den Provinzen reisen massenhaft Jugendliche an, die von selbsternannten „Atamanen“, nach Kosakenführern benannt, in streng gegliederten Hundertschaften zu Protestzügen durch die Stadt starten. Auch Juschtschenkos Stab gibt sein Bestes, um die Erhebung auf der Straße mit dem zähen Ringen auf der politischen Bühne um eine Korrektur des Wahlergebnisses zu synchronisieren.

Doch ohne den Rückhalt der Bevölkerung, die in Frost und Schnee ausharrt und den kühl kalkulierten Aufstand gegen ein abgewirtschaftetes Regime in ein machtvolles Happening umwandeln hilft, wäre die Orange Revolution nicht gelungen. Am 27. November besetzen anderthalb Millionen Menschen den Maidan und die angrenzenden Straßen.

Mädchen stehen, streng nach den Vorgaben ihrer gewaltlosen Lehrer, an kritischen Punkten in der ersten Reihe. Sobald der Staat zuschlägt, ergäbe das schlimme Fernsehbilder. Solange nichts passiert, rücken sie den Wachen vor der Präsidialverwaltung auf den Leib und rufen „Wir wollen euch küssen“. Die Jungs garnieren derweil Pfannen voller Nudeln mit Namensschildern führender Fernsehsender – „Nudeln auf die Ohren hängen“ bedeutet auf Ukrainisch „für dumm verkaufen“.

Unter der wochenlangen Belagerung mit eiserner Disziplin und Aktionen blühender Phantasie kollabiert am Ende das Kutschma-Regime. Das Oberste Gericht setzt eine Wiederholung des zweiten Wahlgangs an. Den gewinnt am 26. Dezember 2004 Wiktor Juschtschenko mit 51,9 Prozent.

Nur sechs Tage nach Juschtschenkos Einführung ins Amt des Präsidenten feiert Pora im Kiewer Hotel Rus den Machtwechsel und die eigene Auflösung. Die Protestbewegung hält ihre Mission für erfüllt. Die Idealistin Alina Schpak entschließt sich, Strategie und Taktik des gewaltlosen Machtwechsels in die Welt hinauszutragen und künftig anderen zu helfen. Der Pragmatiker Wladislaw Kaskiw zieht einen Beratervertrag beim neuen Präsidenten an Land – er hat erst mal ausgesorgt.

Die Revolution in Orange war ein Meisterstück – die Zeit danach wird zum Trauerspiel.

Doch die Revolution hält nicht viel von ihren Versprechungen, und die wichtigsten neuen Führer zerstreiten sich. Die Ukraine steht heute wieder vor einem Wendepunkt. Wieder mal erweist sich: Eine erfolgreiche Revolution ist noch keine Garantie für nachfolgende demokratische Verhältnisse. Pora will bei der nächsten Wahl als Partei antreten.

Es gibt Konferenzen, die kann man getrost vergessen, schon bevor sie begonnen haben. EU-Bananenrichtlinienkonferenzen, Nato-Waffensystemkonferenzen, Uno-Nachhaltigkeitskonferenzen. Die Kommuniqués sind bereits vor dem Eintreffen der Teilnehmer geschrieben, wolkige Formulierungen verdecken Inhaltsleere. Ernsthafte politische Folgen: keine.

Und dann gibt es diese anderen Treffen. Solche, die kaum in der internationalen Presse Erwähnung finden, weil ihre Teilnehmer nicht zu den bekannten politischen Größen gehören, das Ambiente der Zusammenkunft nicht spektakulär ist, die Tagungspunkte auf Anhieb wenig sexy erscheinen – und die doch das Potential haben, die Welt mit zu verändern.

Eine dieser revolutionären Zusammenkünfte findet im Juni dieses Jahres ausgerechnet am Rande Europas statt. In Albanien, dem Land, das lange Jahre als Vorposten von Maos China, als Hochburg der Stalinisten galt. Es ist ein Treffen, beobachtet von den wichtigsten Geheimdiensten, der amerikanischen CIA, dem britischen MI6 und dem russischen SWR. Sie wissen, dass hier Weichen gestellt werden. Und zumindest die Amerikaner wollen die Teilnehmer hinter den Kulissen auch beeinflussen – schließlich haben ihre Steuerzahler die Veranstaltung zu einem großen Teil finanziert.

Alles dreht sich um das große Spiel der internationalen Politik: um Demokratisierung, um neue Freiheiten, und damit auch um Interessensphären der Großmächte. Wie man am besten Gewaltherrscher und Autokraten von Osteuropa bis Zentralasien und dem Nahen Osten aus dem Amt jagt. Wie sich gewaltlose Revolutionen anzetteln und organisieren lassen. Welche Mus-

Aktivisten-Konferenz in der albanischen Hauptstadt Tirana (im Juni): *Aufregende Tage zwischen Woodstock und Westminster*




EASTWAY

Oppositionelle Timoschenko bei einer Demonstration in Kiew: *Blumen für die Staatsgewalt*

ter bei diesem Kampf immer wiederkehren. Besprochen werden soll vor allem, was die in einigen Ländern schon erfolgreichen Aktivisten den anderen in den Noch-Diktaturen beibringen können.

Es ist ein bunter Haufen, der da auf dem schäbigen Mutter-Teresa-Flughafen von Tirana zum „Activism Festival" am Rande Europas ankommt: junge Männer zwischen Mitte zwanzig und Mitte dreißig, manche in grauen Geschäftsanzügen, andere in Jeans und Strickjacken; junge Damen, einige wenige wie aus dem Späthippie-Modekatalog, die meisten eher mit coolem Jungchefinnen-Look. Fast alle haben ihre Laptops dabei.

Sie gehören zur jugoslawischen Organisation Otpor, zur georgischen Bürgerrechtsbewegung Kmara, zur ukrainischen Studentenvereinigung Pora. Andere sind vom Kaspischen Meer, aus Mittelosteuropa und der Levante angereist, vertreten ihre Gesinnungsgenossen aus Aserbaidschan, Weißrussland und dem Libanon: 14 Gruppen aus 11 Staaten.

Die Konferenz ist Happening und harte Arbeit zugleich, symbolträchtige, spielerische Aktion und knallharte Oppositionspolitik. Gesponsert ist sie, laut Tagungsbroschüre, von Freedom House. Nach der Fahrt über den Boulevard der Märtyrer ins Stadtzentrum treffen sich die Teilnehmer in der Akademie der Künste. Sie tanzen bei der Kennenlern-Party in Tiranas Disco „Living Room" über den Dächern der Stadt bis morgens um zwei zu albanischem Rap, zu Pop-Gruppen wie Green Day oder Coldplay. Und sie lauschen – merkwürdige Konzession an die „Klassiker" einer Protest-Generation, die sie alle nicht bewusst erlebt haben und mit der sie kaum etwas verbindet – Bob Dylans „The Times They are A-Changin'".

Ein Hauch nur von Woodstock und sonst viel Westminster: Morgens um neun beginnen die Sitzungen, zu denen alle pünktlich erscheinen. Hinter geschlossenen Türen geht es um revolutionäre Wege zur Demokratie. Wie organisiert sich in globalisierten Zeiten die Gegenmacht am besten, Soft Power gegen repressive Staatsmacht? Wie realistisch sind die Chancen der Guerilla ohne Gewehre? Gibt es, im Fall eines Blutbads gegen die Opposition, einen Plan B?

Einer der Stars der Konferenz ist Ivan Marović, der Otpor-Gründer. Aber auch Alina Schpak von der ukrainischen Pora findet viel Aufmerksamkeit, wenn sie sagt: „Neben den Open-End-Demonstrationen auf unserem Kiewer Hauptplatz, neben der Medienarbeit, war unser Erfolgsgeheimnis, dass wir die Autokraten lächerlich gemacht haben. Ich glaube nicht, dass man jemanden noch fürchten muss, über den man sich totlacht."

Die Studentenführer von Baku und Minsk hingegen arbeiten in ihren autoritär regierten Ländern weiter im Untergrund. „Eure Regime waren schon entscheidend geschwächt, und ihr musstet nicht so konkret wie wir befürchten, dass die Herrscher in die Menge schießen lassen", meint Wlad Kobez von der Gruppe Subr („Wisent") aus der weißrussischen Hauptstadt.

Werden die Weißrussen die nächsten sein, die eine Revolution auf ihren Straßen organisieren? Oder die zentralasiatischen Kasachen, nach dem Vorbild der benachbarten Kirgisen, die im März in der ziemlich überstürzten Tulpenrevolution ihren Autokraten Askar Akajew in die Wüste schickten? Oder die unter dem brutalen Joch des Diktators Islam Karimow leidenden Usbeken, die „aus Sicherheitsgründen" nur einen Emissär zur Konferenz nach Tirana entsandten?

Renate Flottau, Erich Follath, Uwe Klussmann, Georg Mascolo, Walter Mayr, Christian Neef

IM NÄCHSTEN HEFT

Das Geheimnis der amerikanischen Druckerpresse – Die Tulpenrevolution von Bischkek– Brutale Schläger in Baku – Weißrussisches Codewort: „Wisent" – Die Grenzen der Revolutions-GmbH

